

Der Ort des Kommunismus in den westeuropäischen Demokratien seit 1945. Beginn einer Spurensuche

Kann der Kommunismus in der Geschichte westeuropäischer Demokratien einen Ort haben, und wenn ja, wie sähe dieser aus? Wären es gar viele Orte? Dass kommunistische Bewegungen zur Geschichte Europas im 20. Jahrhundert dazugehörten, steht außer Frage. Kommunistische Parteien haben früh das Interesse von Politik- und Geschichtswissenschaft auf sich gezogen, und wie keine Parteienfamilie neben ihr ist die kommunistische als transnationales Phänomen begriffen und untersucht worden – mit Moskau als unabweisbarem Zentrum.¹ In der Tat fragen die meisten Studien zum westlichen Kommunismus nach seiner Relation zum Staatssozialismus und zur KPdSU, ähnlich wie viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen ihn als eine Art Brückenkopf des sowjetischen Imperialismus im eigenen Land begriffen.² Der *eine* Ort des Kommunismus in den westeuropäischen Demokratien seit 1945 erscheint so, wie bereits in der Zwischenkriegszeit, als ein Ort des *Anderen* im Eigenen, als eine Repräsentation des Bolschewismus, des Stalinismus oder des Maoismus in der liberalen Welt.³ Er steht für eine bedrohliche oder zumindest verdächtige Loyalität zum Systemgegner und seinem Unterdrückungsapparat.

- 1 Insofern die frühe Politikwissenschaft die kommunistischen Parteien des Westens den »totalitären« Parteien zuordnete, wurden diese freilich auch als transnationale Phänomene beschrieben. Siehe Maurice Duverger: *Les partis politiques*, Paris 1951 (dt. Ausgabe: *Die politischen Parteien*, Tübingen 1959). Für einen aktuellen transnationalen und globalgeschichtlichen Zugriff siehe Brigitte Studer: *Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale*, Berlin 2020; sowie das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2026 zum Thema »Von der Internationale zur Völkerfreundschaft? Kommunismus und Transnationalität im 20. Jahrhundert«.
- 2 Das gilt auch für Studien, die diese Relationen als weniger wirkmächtig beschreiben, so als Erster Donald Blackmer: *Unity in Diversity. Italian Communism and the Communist World*, Cambridge 1968; ders./Sidney Tarrow (Hg.): *Communism in Italy and France*, New Jersey 1975. Aktueller: Silvio Pons: *L'impossibile egemonia. L'URSS, il PCI e le origini della guerra fredda (1943–1948)* [Die unmögliche Hegemonie. Die UdSSR, der PCI und die Wurzeln des Kalten Krieges (1943–1948)], Roma 1999; Elena Aga Rossi/Gaetano Quagliariello: *L'altra faccia della luna. I rapporti tra PCI, PCF e Unione Sovietica* [Die andere Seite des Mondes. Die Beziehungen zwischen PCI, PCF und der Sowjetunion], Bologna 1997; Elena Aga Rossi/Victor Zaslavsky: *Togliatti e Stalin. Il PCI e la politica estera staliniana negli archivi di Mosca* [Togliatti und Stalin. Der PCI und die stalinistische Außenpolitik in den Moskauer Archiven], Bologna 2007. In dieser Einleitung wird als Beleg vor allem Literatur zum italienischen, französischen und westdeutschen Fall herangezogen, weil hier die besonderen Forschungsinteressen der beiden Gastherausgeber liegen. Literaturhinweise zu den portugiesischen, spanischen, niederländischen und britischen Fällen finden sich in den Einzelbeiträgen.
- 3 Siehe nur Victor Zaslavsky: *Lo stalinismo e la sinistra italiana. Dal mito dell'Urss alla fine del comunismo* [Der Stalinismus und die italienische Linke. Vom Mythos der Sowjetunion bis zum Ende des Kommunismus], 1945–1991, 2. Aufl. Milano 2004.

Ohne Verweis auf die Terrorherrschaft, die Repression und die Verbrechen im kommunistischen Herrschaftsbereich lassen sich die Handlungen und Wirkungen westeuropäischer Kommunisten bislang kaum betrachten.

I. Alte Deutungsstreits und neue Forschungsfragen

Einflussreich sind die westlichen Geschichten des Kommunismus geworden, die nach dessen historischer Niederlage von 1989/90 entstanden und durch die Ansichten von Renegaten oder Ex-Sympathisanten geprägt sind. Sie präsentieren den Kommunismus im 20. Jahrhundert, und damit vor allem auch ihre eigene kommunistische Vergangenheit im Westen, als eine Verirrung, eine Illusion, eine Täuschung, die schließlich eine bittere Lernerfahrung bewirkten, an deren Ende die persönliche wie kollektive Abkehr und die Ankunft im liberalen Westen standen.⁴ Kritiker wie Enzo Traverso haben hierin bereits um das Jahr 2000 eine »negative Apologie« des Liberalismus erkannt, einen neu aufgelegten, neoliberal angereicherten Antikommunismus. Der Hinweis, dass die Deutungen »des« Kommunismus selbst politisch und historisch sind und dass die 1990er-Jahre hier eine neoliberale Lesart etablierten, die in mancher Hinsicht hinter der Differenzierungsleistung zurückblieb, die in der älteren Forschung längst geleistet worden war, war damals richtig und ist bis heute wichtig. Die Behandlung des Kommunismus als ein monolithischer Block, wie sie in François Furets *Das Ende der Illusion* oder, noch deutlicher, in Stéphane Courtois' zweibändigem *Schwarzbuch des Kommunismus* anklingt, war nicht zuletzt mithilfe westdeutscher Kommunismusforscher wie Wolfgang Leonhard oder Hermann Weber vor 1989 längst überwunden worden.⁵ Traverso musste

- 4 Viele wirkungsvolle Bilanzierungen des Kommunismus im 20. Jahrhundert stammen aus der Feder ehemaliger Kommunisten, Linksozialisten oder Maoisten, zu denen nicht zuletzt Hermann Weber zählte – der sich allerdings, wie Mario Keßler im vorliegenden Band einordnet, nicht als Renegat gerierte, sondern mit Isaac Deutscher eher als »Ketzer« angesehen werden kann, weil er zwar mit dem Kommunismus brach, nicht aber mit der sozialistischen Utopie. Anderes gilt für die betont antikommunistisch auftretenden François Furet: *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München/Zürich 1996; Stéphane Courtois (Hg.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München/Zürich 1998; ders. (Hg.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus, Bd. 2: Das schwere Erbe der Ideologie*, München 2004; Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hg.): *Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?*, Landsberg am Lech 1998; Gerd Koenen: *Utopie der Säuberung: Was war der Kommunismus?*, Berlin 1998; ders.: *Was war der Kommunismus?*, Göttingen 2010. Eher als biografische, aber im deutschsprachigen Raum äußerst einflussreiche Selbstreflexion zu lesen: ders.: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, 3. Aufl. Frankfurt a.M. 2006. Ein aktuelles Beispiel ist die Interviewreihe der Bundesstiftung Aufarbeitung »Was war der Kommunismus? Wir fragen Jörg Baberowski«. Siehe insbesondere die Ausgabe zum Thema »Kommunismus und Demokratie« vom 9. Februar 2023, <https://youtu.be/KjD9tEOkOfE?si=vUPeb1uMa2d4RnU4> (ges. am 26. November 2024).
- 5 Wolfgang Leonhard: *Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus*, Düsseldorf/Wien 1970, insb. S. 458–479; Hermann Weber: *Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung*, Hannover 1969. Zur Kritik an den Kommunismusbilanzierungen der

deshalb in seiner kritischen Besprechung der erwähnten Großabrechnungen mit *dem* Kommunismus des 20. Jahrhunderts daran erinnern, dass dieser »als ein vielfältiges und widersprüchliches Phänomen« zu begreifen sei und »dass Trotzki und Stalin, Bela Kun und Enrico Berlinguer, Robert Hue und Pol Pot nicht unbedingt genau dasselbe sind«. ⁶

Die Debatte um die Bilanzierung *des* Kommunismus nach seinem Untergang brachte so einerseits einen Differenzierungsverlust hervor, dessen Folgen bis heute spürbar sind, und andererseits auch Hinweise auf seine historische Vielgestaltigkeit, für die zahlreiche (Ex-)Kommunisten im Westeuropa des Kalten Krieges eingestanden haben. Das alte wie neue Problem der Differenzierungsversuche blieb jedoch, letztlich offenzulassen, inwiefern es sich überhaupt noch um unterschiedliche Spielarten desselben Phänomens handeln konnte. So etwa, wenn Traverso zwischen Kommunismus als Bewegungs- und Kommunismus als Regierungssystem, zwischen einem »utopischen und einem bürokratischen«, einem befreienden und einem unterdrückenden«, einem verfolgenden und einem verfolgten Kommunismus unterscheiden wollte. Ob die enorme Spreizung kommunistischen Seins – vom antifaschistischen Widerstandskämpfer bis hin zum Agenten für die Geheimpolizei – überhaupt noch einen gemeinsamen Kern ausmachen ließ, blieb bei Traverso offen. ⁷ In der französischen Forschung ist daher inzwischen immer wieder von *Kommunisten* die Rede, ⁸ so wie man sinnvollerweise von Liberalismen und Nationalismen im Plural sprechen kann. ⁹ Doch verbirgt sich hinter der Flucht in den Plural nicht immer größere analytische Klarheit. Letztlich bleiben die ideellen, organisatorischen und solidarischen Verbindungen mit dem autoritären und diktatorischen Regimekommunismus (und ihre Zuschreibbarkeit von außen) der gemeinsame Kern, der die westlichen Kommunisten von anderen Parteien des linken Spektrums unterschied. Deshalb sprechen wir, obgleich nicht von *einem* globalen Kommunismus, doch von *einem westeuropäischen* Kommunismus und nicht von vielen. Zugleich aber fragen wir nicht mehr primär nach der Gestalt dieser Verbindungen, sondern danach, wie der west-

1990er-Jahre siehe Daniel Bensaid: *Qui est le juge? Pour en finir avec le tribunal de l'Histoire* [Wer ist der Richter? Schluss mit dem Geschichtstribunal], Paris 1999, S. 166; Enzo Traverso: *Der neue Antikommunismus*. Nolte, Furet und Courtois interpretieren die Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Volker Kronenberg (Hg.): *Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der »Historikerstreit« – 20 Jahre danach*, Wiesbaden 2008, S. 67–90, insb. S. 67, 78–81. Zur Debatte siehe auch Horst Möller: *Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das »Schwarzbuch des Kommunismus«*, München 1999.

6 Traverso: *Antikommunismus* (Anm. 5), S. 81.

7 Ebd.; Marcello Flores: *In terra non c'è il paradiso. Il racconto del comunismo* [Auf Erden gibt es kein Paradies. Die Erzählung des Kommunismus], Milano 1998, S. 10.

8 Michel Dreyfus u. a. (Hg.): *Le siècle des communismes* [Das Jahrhundert der Kommunisten], Paris 2004; Georges Vidal: *Histoire des communismes au XX^e siècle* [Geschichte der Kommunisten im 20. Jahrhundert], Paris 2013.

9 Jörn Leonhard: Zur Semantik gleichzeitiger Ungleichzeitigkeit. Europäische Liberalismen im Vergleich, in: Detlef Georgia Schulze (Hg.): *Rechtsstaat statt Revolution, Verrechtlichung statt Demokratie? Transdisziplinäre Analysen zum deutschen und spanischen Weg in die Moderne*, Münster 2010, S. 313–324; Ulrike von Hirschhausen/Jörn Leonhard (Hg.): *Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich*, Göttingen 2001.

europäische Kommunismus *mit und trotz* der Anbindung an Moskau in den liberalen und demokratischen Umwelten wirkte, in denen er sich hier bewegen durfte.

Was westeuropäische Kommunistinnen und Kommunisten in der und für die liberale Demokratie genau waren, sofern sie nicht primär als ideologische Stützen und ferne Handlanger des Terrors im Regimekommunismus galten und zu gelten haben, harrt bislang noch der systematischen Analyse. Seit dem beginnenden Kalten Krieg haben zahlreiche westeuropäische Staaten aus der erklärten Ostbindung der Kommunistinnen und Kommunisten und aus mehr oder weniger evidenten Aufstandsplänen im eigenen Land die Konsequenz gezogen, Kommunisten trotz ihrer, wenn nicht glorreichen, so doch respektablen Widerstandsgeschichte im Zweiten Weltkrieg zur größten Bedrohung des eigenen liberalen Staates zu erklären. Insofern dieser Staat in zunehmendem Maße als »Demokratie« titulierte wurde, wurden sie mithin zu Feinden »der« Demokratie erklärt.¹⁰ Während die historische Forschung sich diesem parteiübergreifenden Antikommunismus in den liberalen Demokratien des Westens gewidmet hat¹¹ – Christoph Kleßmann sprach schon 1982 rückblickend von der zentralen »Legitimationsideologie« der Bundesrepublik¹² –, erscheint eine andere Frage vor diesem Hintergrund geradezu ketzerisch: Inwiefern handelte es sich bei westeuropäischen Kommunistinnen und Kommunisten nicht nur um die oft bemühte »fünfte Kolonne« Stalins, sondern auch um Akteure der liberalen Demokratie? Diese Frage zielt nicht auf die normative Dimension, sondern versteht sich praxeologisch: Inwiefern beteiligten sich Kommunistinnen und Kommunisten durch ihr Tun an der liberal-demokratischen Ordnung und wirkten auf sie ein? Wie veränderte dieses Tun sie selbst beziehungsweise welche Anpassungen verlangte es ihnen ab? Was machte die liberale Demokratie mit dem Kommunismus und was machte der Kommunismus mit der liberalen Demokratie?

10 Für die Niederlande arbeitet dies in diesem Band der Beitrag von Harm Kaal besonders deutlich heraus.

11 Norbert Frei/Dominik Rigoll: Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, Göttingen 2017; Dominik Rigoll: Ambivalenzen des Antikommunismus. Von der Niederschlagung der Pariser Kommune zum Vernichtungskrieg gegen den »jüdischen Bolschewismus«, in: Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen (Hg.): »Ein Gespenst geht um in Europa...« Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, Schwerin 2018, S. 101–121; Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hg.): »Geistige Gefahr« und »Immunisierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014; Aurelio Lepre: L'anticomunismo e l'antifascismo in Italia [Der Antikommunismus und der Antifascismus in Italien], Bologna 1997; Roberto Pertici: Il vario anticomunismo italiano (1936–1960). Lineamenti di una storia [Der diverse italienische Antikommunismus (1936–1960). Geschichte in Umrissen], in: Loreto Di Nucci/Ernesto Galli della Loggia (Hg.): Due nazioni. Legittimazione e delegittimazione nella storia dell'Italia contemporanea [Zwei Nationen. Legitimierung und Delegitimierung in der neuesten Geschichte Italiens], Bologna 2003, S. 263–334; Andrea Mariuzzo: »La Russia com'è«. L'immagine critica dell'Unione sovietica e del blocco orientale nella pubblicistica italiana (1948–1955) [»Russland, wie es ist«. Das kritische Bild der Sowjetunion und des Ostblocks in der italienischen Publizistik (1948–1955)], in: Ricerche di storia politica 10 (2007), H. 2, S. 157–176.

12 Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982, Kap. VII/4.

Genau hier setzt der vorliegende Band an. Die gemeinsame Frage der hier versammelten Beiträge, die wir auf der 5. Hermann-Weber-Konferenz zur Historischen Kommunismusforschung in Berlin im März 2023 diskutiert haben, lautete, wie sich der Kommunismus (als Partei und Bewegung, in Gestalt seiner Protagonisten wie auch seiner Mitglieder, seiner Agenden und seiner Praxis) in der westeuropäischen Demokratiegeschichte verorten lässt. Es geht also nicht so sehr um die Rolle, die kommunistische Parteien in ihren jeweiligen Ländern und Gesellschaften spielten, sondern eher um die abstrakt beschreibbaren Interrelationen zwischen Kommunismus und liberal-demokratischer Ordnung: Wo zwangen Institutionen und Verfahrensregeln der liberalen Demokratie die Kommunistinnen und Kommunisten zu Anpassungen, die diese nicht mehr ohne Weiteres als Repräsentanten oder Agenten des Sowjetimperiums, sondern als politische Kräfte *sui generis*, als Hybride identifizierbar und analysierbar machen? An welchen konkreten Punkten und auf welche Art und Weise liberalisierte sich der westeuropäische Kommunismus? Wie eigneten sich Kommunistinnen und Kommunisten die Verfahren und Spielregeln parlamentarischer Demokratie an, inwiefern nutzten und instrumentalisierten sie demokratische Institutionen und Foren für eigene Projekte und Kampagnen? Wie viel Spielraum ließ ihnen der liberale Staat dabei? Diese Fragen zielen nicht zuletzt darauf, zu begreifen, was genau die Kommunistinnen und Kommunisten in der liberalen Demokratie lernten (und für positiv befanden), das es ihnen erst ermöglichte, den Reformkommunismus im östlichen Mitteleuropa im direkten Dialog mit Gesinnungsgenossen mitzuprägen.

Ebenso interessieren uns Wirkungszusammenhänge in umgekehrter Richtung: Inwiefern waren die Konstellationen liberaler Demokratie seit 1945 in bislang unbekannter Weise überformt von der Präsenz und den Wahlerfolgen von Kommunisten? Lassen sich gewisse Entwicklungen in den westeuropäischen Gesellschaften, die bislang als hermetisch westliche Entwicklungen begriffen worden sind (etwa als Produkt von transatlantischen Transfer- oder »Westernisierungsprozessen«¹³), bei genauerem Hinsehen auch als Produkte kommunistischen Wirkens in der Demokratie begreifen – man denke etwa an die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, der Geschichts- und Gewerkschaftspolitik oder an geschlechterpolitische Liberalisierungen und den Einsatz für Minderheitenrechte.¹⁴ Zu fragen bleibt außerdem, inwiefern von *einem* Ort *des* Kommunismus in der westeuropäischen Demokratiegeschichte gesprochen werden kann, oder ob stattdessen von einer zeitlichen und/oder räumlichen Pluralität der Wechselwirkungen ausgegangen werden muss. Wie ließe sich schließlich auch der Ort des Postkommunismus in den westeuropäischen Demokratien seit 1945 bestimmen?¹⁵

13 Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Julia Angster: *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003. Siehe auch den Beitrag von Philipp Kufferath in diesem Band.

14 Siehe die Beiträge von Paolo Capuzzo, Teresa Malice, Fiammetta Balestracci, Johanna Wolf, Philipp Kufferath, Jörg Arnold, Benet Lehmann, Yves Müller und Corinna Bittner in diesem Band.

15 Siehe hierzu die Beiträge von Lea Fink, Philipp Kufferath, Mario Kessler und Thorsten Holzhauser.

II. Demokratiegeschichte und Kommunismusforschung im Dialog

In der aktuellen europäischen und transatlantischen Demokratiegeschichte, die sich für Konfigurationen des Demokratischen interessiert, wird ein *postwar model* von Demokratie beschrieben, das in den 1940er-Jahren entworfen und mit dem Ereignis »1968« oder mit dem Ölpreisschock 1973 aufgebrochen wurde.¹⁶ Dieses westeuropäische Nachkriegsmodell war liberal-konservativ geprägt, bekannte sich zum Kapitalismus und propagierte einen liberalen Freiheitsbegriff, der unter Freiheit auch den Schutz vor den Zumutungen der Politik verstand und dabei antitotalitär gewendet war. Politik wurde auf diese Weise vorrangig bei Regierung und Parlament verortet; jenseits von Wahlen verzichtete das Nachkriegsmodell von Demokratie, das Martin Conway auch als »formal democracy« bezeichnet hat, auf die politische Partizipation der Bürger.¹⁷

Diese Elemente des *postwar model* rücken auch in der Historiografie politische Akteure in den Fokus, die nationale Regierungen führen konnten, nämlich Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale.¹⁸ Kommunistinnen und Kommunisten kommen darin kaum vor. Zwar erlebten ihre Parteiorganisationen in den 1940er- und frühen 1950er-Jahren eine Blütezeit, doch konnten sie auf nationaler Ebene nirgendwo in Westeuropa absolute Mehrheiten erringen. So erscheinen sie als vernachlässigbare Minderheiten »an den Rändern« der politischen Landschaft – wobei nicht immer ausreichend reflektiert wird, inwiefern die Positionierung »am Rand« ein Effekt politischen Handelns der Kommunistinnen und Kommunisten selbst oder aber ein Produkt antikommunistischer Marginalisierung durch die politischen Gegner darstellte. Immerhin wurde die Verhinderung kommunistischer Wahlsiege seit 1947/48 zu einem normativen Grundsatz der NATO-Staaten, der auch Vorkehrungen für den US-amerikanischen Truppeneinsatz im Falle kommunistischer Wahlsiege nicht ausschloss.¹⁹

Erst mit der Dynamisierung des *postwar model* im Zeitalter der »neuen sozialen Bewegungen« nimmt die Demokratiegeschichtsschreibung linksradikale und maoisti-

16 Martin Conway: *Democracy in Postwar Western Europe: The Triumph of a Political Model*, in: *European History Quarterly* 32 (2002), H. 1, S. 59–84; ders.: *The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945–1973*, in: *Contemporary European History* 13 (2004), H. 1, S. 67–88.

17 Paul Nolte: *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012, S. 284–291; Jens Hacke: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006; Martin Conway: *Western Europe's Democratic Age, 1945–1968*, Princeton 2020.

18 Geoff Eley: *Corporatism and the Social Democratic Moment: The Postwar Settlement, 1945–1973*, in: Dan Stone (Hg.): *The Oxford Handbook of Postwar European History*, Oxford 2012, S. 37–59; Nicholas Crafts/Gianni Toniolo: »Les trente glorieuses«: From the Marshall Plan to the Oil Crisis, in: Dan Stone (Hg.): *The Oxford Handbook of Postwar European History*, Oxford 2012, S. 356–378.

19 Robert A. Ventresca: *From Fascism to Democracy. Culture and Politics in the Italian Election of 1948*, Toronto 2004; Matteo Lodevole: *Die Streiks in Westeuropa im Jahr 1947. Eine Neubewertung angesichts neuer und alter Belege*, in: Ulrich Mähler u. a. (Hg.): *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2010, Berlin 2010, S. 15–30; Kaeten Mistry: *Re-thinking American intervention in the 1948 Italian election: beyond a success–failure dichotomy*, in: *Modern Italy* 16 (2011), H. 2, S. 179–194.

sche Akteure in den Blick, allerdings als Angreifer der liberalen Demokratie.²⁰ Der parallel formierte Eurokommunismus der 1970er-Jahre wird als Versuch bewertet, den Kommunismus tatsächlich erstmals westeuropäisch auszubuchstabieren und ihn so mit der liberal-demokratischen Ordnung kompatibel zu machen.²¹ Inwiefern Partei- und Bewegungskommunisten aber bereits vorher, seit den 1940er-Jahren, parallel zum intellektuellen Prestigeprojekt des Eurokommunismus sowie danach, in den 1980er-Jahren, an der alltäglichen Praxis der liberalen Demokratie, ihren Agenden, ihren Verfahren und ihren Spielregeln, Anteil hatten, ist bislang nur in Ansätzen in den Demokratiegeschichten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgebildet worden. Das liegt auch daran, dass die verschiedenen Teildisziplinen nur wenig miteinander verflochten sind. Die historische Kommunismusforschung existiert, allein schon aufgrund ihres Fokus auf den Staatssozialismus, eher isoliert von der Geschichtsschreibung zur liberalen Demokratie. Auch die florierende Geschichte zur radikalen und maoistischen Linken betreibt eine zwar transnationale und globale, aber doch eher hermetische »neulinke« Geschichte, die nur selten mit der Geschichte der »alten« Linken oder mit der Geschichte liberal-demokratischer Institutionen in einem produktiven Wechselverhältnis steht.²² In mancher Hinsicht lassen sich die (partei-)kommunistischen Stimmen in Westeuropa folglich als vergessene Stimmen der Demokratiegeschichte fassen.²³

Die Parteikommunisten historiografisch in diese Konfiguration von Demokratie zu integrieren, hieße, davon auszugehen, dass sie eine Minderheitenmacht entfalteten, also kurzfristig Agency hatten und auch eine längerfristige Legacy.²⁴ Ihre historische Wirkung,²⁵ jenseits von politischen »Erfolgen« und »Misserfolgen«, ist ebenso zu analy-

20 Belinda Davis: What's Left? Popular Political Participation in Postwar Europe, in: *American Historical Review* 113 (2008), H. 2, S. 363–390; dies. u. a. (Hg.): *Changing the World, Changing Oneself. Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s*, New York/Oxford 2012.

21 Nikolas R. Dörr: Eurokommunismus als Teil der historischen Kommunismusforschung, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 6. Januar 2014, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.235.v1>.

22 Uwe Sonnenberg: *Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren*, Göttingen 2016; David Bebnowski: *Kämpfe mit Marx. Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften »Das Argument« und »PROKLA« 1959–1976*, Göttingen 2021. Zu den Verbindungslinien zwischen alter und neuer Linker und deren Grenzen siehe u. a. Jan Kurz: *Die Universität auf der Piazza. Entstehung und Zerfall der Studentenbewegung in Italien 1966–1968*, Köln 2001; Dominik Rigoll: *Erfahrene Alte und entradikalisierte 68er. Menschenrechte im roten Jahrzehnt*, in: Norbert Frei/Annette Winke (Hg.): *Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945*, Göttingen 2013, S. 182–192; Dominik Rigoll: *Emigranten, Résistants, Extremisten, Juden. Peter, Ety und Silvia Gingold – eine deutsch-französische Familiengeschichte*, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande* 44 (2012), H. 1, S. 81–96.

23 Zu vergessenen oder auch »verborgenen Stimmen« der Demokratie siehe das gleichnamige Projekt von Claudia C. Gatzka: <http://verborgene-stimmen.de> (ges. am 30. November 2024).

24 Für den französischen Fall wird dies hier anhand einer biografischen Sonde ausbuchstabiert: Dominik Rigoll: *Kommunistische Solidaritätspolitik im demokratischen, nationalistischen und kolonialen Frankreich 1920–2010*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 60 (2020), S. 147–181.

25 Zum französischen Fall, mit diametral entgegengesetzten Interpretationen der Entwicklung: Roger Martelli: *L'empreinte communiste. PCF et société française, 1920–2010* [Der kommunistische Fußabdruck. Der PCF und die französische Gesellschaft, 1920–2010], Paris 2010; Marc Lazar: *Le communisme, une passion française* [Der Kommunismus, eine französische Passion], Paris 2002.

sieren wie die des organisierten Nationalismus, der in der Zeitgeschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte ebenfalls kaum Beachtung fand.²⁶ Als politische Minderheiten mussten sie nicht für die liberal-demokratische Ordnung stehen, lassen sich aber auch nicht nur am Rande dieser Ordnung ansiedeln. Vielmehr ließen sie sich auch auf spezifische Weise in das liberal-demokratische System integrieren, wobei nicht nur die Grenzen dieser Integration zu analysieren sind, sondern auch deren bemerkenswerte Tiefe und zugrunde liegende Anpassungsfähigkeit. So kam es, dass Parteikommunisten bereits seit den späten 1940er-Jahren die Spielregeln der liberalen Demokratie nicht nur verteidigten, sondern selbst mitschrieben – in den verfassungsgebenden Versammlungen, aber auch im Wahlkampf, im Zuge der agonalen politischen Auseinandersetzung.²⁷

Die westeuropäischen Kommunistinnen und Kommunisten waren demzufolge einem permanenten *double bind* ausgesetzt, der sich aus ihrer »Doppelrolle« (Sonja Levensen) in den westeuropäischen Demokratien ergab: Sie lavierten zwischen der gegebenen Ordnung, in der sie sich bewegen und bewähren mussten und die sie zu einem gewissen Grad selbst stützten, und der alternativen Ordnung, für die sie qua ihrer kommunistischen Identität standen. Wer nach dem Ort des Kommunismus in der Demokratie fragt, hat es also mit Mischungen, Hybriditäten und Aporien zweier konfligierender politischer und auch kultureller und moralischer Ordnungen zu tun.²⁸ Jede Kommunistin und jeder Kommunist im Westen war diesem grundsätzlichen Spannungsverhältnis ausgesetzt, das sich aus den doppelten Loyalitäten ergab (sofern man das kommunistische Wirken innerhalb der liberalen Demokratie als Loyalität zur konkurrierenden Ordnung fassen möchte und nicht lediglich als alternativloses Akzeptieren dieser Ordnung, um überhaupt wirksam werden zu können – eine Frage, die einer eigenen theoretischen Erörterung bedürfte).

Die Spannungsverhältnisse und *double binds*, die sich für Kommunistinnen und Kommunisten in Westeuropa ergaben, und die daraus emergierenden Mischungen und Hybriditäten haben sich in der Historiografie wie auch in der Politikwissenschaft lange als schwer denkbar erwiesen. Ganz gleich, ob kommunistische Parteien stark oder

26 Verena Kümmel: Vergangenheit begraben? Die gestohlenen Leichen Mussolinis und Pétains und der Kampf um die Erinnerung, Böhlau/Köln u. a. 2018; Claudia C. Gatzka: Nationalismus in der Zeitgeschichte, in: Merkur, März 2023, H. 886, S. 5–20; Dominik Rigoll: Nationalismus, in: Claudia C. Gatzka/Sonja Levensen (Hg.): Ankunft im Nirgends? Wege zu einer neuen Geschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2025, i. E.

27 Wie Claudia C. Gatzka in ihrer deutsch-italienisch vergleichenden Studie herausgearbeitet hat: Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik, 1944–1979, Düsseldorf 2019. Siehe dazu außerdem den Beitrag von Harm Kaal in diesem Band.

28 Sandro Bellasai: La morale comunista. Pubblico e privato nella rappresentazione del PCI (1947–1956) [Die kommunistische Moral. Das Öffentliche und das Private in der Vorstellung des PCI (1947–1956)], Roma 2000; Claudia C. Gatzka: Der »neue Mensch« auf ausgetrampelten Pfaden. Kommunistische Bewährung und politischer Massenmarkt im postfaschistischen Italien, in: Ulrich Mähler u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2012, Berlin 2012, S. 145–157; dies.: Anders unter Gleichen. Frauen, Männer und Weiblichkeit im italienischen Kommunismus der Nachkriegszeit, in: Ulrich Mähler u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2015, Berlin 2015, S. 95–112.

schwach waren, wurden sie vornehmlich als isolierte Milieus, als mehr oder weniger geschlossene »Subkulturen« beschrieben, die einen Alternativkosmos bildeten.²⁹ Während Till Kössler für den Fall der KPD nach 1945 die alte, für die Zwischenkriegszeit noch sehr einflussreiche Milieuthese konzeptionell wie praktisch verabschiedet hat,³⁰ sticht als Beispiel für eine mutmaßlich geschlossene »Subkultur« neben dem französischen vor allem der italienische Fall heraus. Hier setzte der PCI auch alternative zivile Passageriten durch, damit Genossinnen und Genossen sich jenseits der katholischen Kontrolle (und aufgrund des Unvereinbarkeitsappells vonseiten des Klerus) verheiraten oder beerdigen lassen konnten.³¹ Dass Kommunistinnen und Kommunisten auf diese Weise die Säkularisierung im katholischen Italien vorantrieben, die in laizistischen Staaten längst vollzogen war, ist dabei weniger hervorgehoben worden als der Umstand, dass sie sich dadurch von einer mutmaßlichen »Normalgesellschaft« abkapselten.

Dabei sind jedoch ein theoretischer und ein praktischer Umstand übersehen worden, die entscheidend sind: Zum einen konnten Kommunistinnen und Kommunisten sich dann, wenn sie im Rahmen des liberalen politischen Systems eigene Agenden setzen und vor allem umsetzen wollten, nicht isolieren. Dazu waren die Verfahren der liberalen Demokratie, wie sich jedenfalls nach 1945 zeigen sollte, zu bindend und von zu integrativer Wirkung. Wer auf Dauer und ernsthaft mitspielen wollte, musste sich den liberalen Spielregeln anpassen, und die meisten Kommunistinnen und Kommunisten taten dies nicht nur zähneknirschend, sondern verpflichteten sich geradezu diesen Spielregeln und hüteten sie, erklärtermaßen, wie liberale Kräfte auch. Zum anderen bedachten sich kommunistische Parteien in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, in Abstimmung mit Stalin, mit einer anderen Funktion als noch in der Zwischenkriegszeit. Dafür steht die Italienische Kommunistische Partei am deutlichsten, die mit Antonio Gramsci auch den Vordenker der neuen Strategie hervorgebracht hatte, die für den PCI leitend werden sollte: Es ging nicht mehr darum, in überschaubarer Weise Kader auszubilden und die liberale Demokratie zu bekämpfen, wo es nur ging, sondern darum, mit den Mitteln der liberalen Demokratie die Hegemonialkultur selbst zu erobern und einen »nationalen« Weg zum Sozialismus einzuschlagen.³² Das bedeutete in erster Linie, zu einer Wähler-

29 Giorgio Galli/Alfonso Prandi: *Patterns of Political Participation in Italy*, New Haven/London 1970; Simon Parker: *Political Identities*, in: David Forgacs/Robert Lumley (Hg.): *Italian Cultural Studies: An Introduction*, Oxford 1996, S. 107–128; Cyrille Guiat: *The French and Italian communist parties: comrades and culture*, London/Portland 2003; Mario Caciagli: *Die politische Kultur. Kontinuitäten und Veränderungen*, in: Siegfried Frech/Boris Kühn (Hg.): *Das politische Italien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur*, Schwalbach/Ts. 2012, S. 175–195; Cristina Léon: *Zwischen Paris und Moskau. Kommunistische Vorstadtidentität und lokale Erinnerungskultur in Ivry-sur-Seine*, München 2012.

30 Er zeigt, dass die KPD so etwas wie ein Milieu in ihrer spezifischen Umwelt und aufgrund des Einflusses der Parteiführung in Ost-Berlin gerade nicht ausbilden konnte. Siehe seinen Beitrag in diesem Band sowie umfassend Till Kössler: *Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland, 1945–1968*, Bonn 2005, insb. S. 20.

31 David I. Kertzer: *Comrades and Christians. Religion and Political Struggle in Communist Italy*, Cambridge u. a. 1980.

32 Siehe dazu konzipiert für den italienischen Fall: Giovanni Gozzini: *La democrazia dei partiti e il »partito nuovo«* [Die Parteiendemokratie und die »neue Partei«], in: Roberto Gualtieri/Carlo Spagnolo/

und Mitgliederpartei zugleich zu werden, und dazu mussten die Kommunistinnen und Kommunisten heraus aus ihrer Subkultur und hinein in den alltäglichen Kampf um Köpfe und Körper. Der *partito nuovo* (die »neue Partei«), die der PCI sein wollte, war das ganze Gegenteil einer sich selbst isolierenden Partei, denn er sollte mit dem liberal-demokratischen Wählermarkt ernsthaft konkurrieren. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch in den Niederlanden.³³

III. Jenseits von »Isolation« und »Sozialdemokratisierung«

Demokratiegeschichte und Kommunismusforschung in einen Dialog zu bringen und damit ihre realen Wechselwirkungen analysierbar zu machen, hat deshalb zur Voraussetzung, die Isolationsthese ad acta zu legen. Auch Milieustudien und reine Parteistudien im weiteren Sinne, wie sie in der Parteienforschung immer noch überwiegen, werden kaum weiterführen. Stattdessen muss eine relationale Geschichtsschreibung die Austauschprozesse mit der gesellschaftlichen Umwelt in den Blick nehmen.³⁴ Vor 25 Jahren bereits wies Stephen Gundle in seinen Forschungen zur Populärkultur darauf hin, dass die kommunistische Alltagskultur in Italien nicht nur für östliche Inspirationen hochgradig durchlässig war, sondern vor allem für das westliche Kino, für Hollywoodstars und andere Sternchen der kommerzialisierten Massengesellschaft. Mit Gundle haben zahlreiche weitere Studien zur Konsumkultur und zum Freizeitverhalten der Kommunistinnen und Kommunisten aufgezeigt, dass es für den PCI keine Option war, sich der kommerzialisierten Massenkultur, in der seine Anhängerschaft längst lebte, zu verschließen – auch wenn die Parteiintellektuellen das gern gesehen hätten.³⁵

Konzipiert man das kommunistische Milieu nicht als geschlossen, sondern ausgehend von den realen Handlungsräumen der liberalen Nachkriegsgesellschaft, zeigen sich zahlreiche Kontaktzonen. Orte der Arbeit waren sicherlich, dem kommunistischen Poli-

Ermanno Taviani (Hg.): *Togliatti nel suo tempo* [Togliatti und seine Zeit], Roma 2007, S. 277–305; Stephen Gundle: *The Legacy of the Prison Notebooks: Gramsci, the PCI and Italian Culture in the Cold War Period*, in: Christopher Duggan/Christopher Wagstaff (Hg.): *Italy in the Cold War. Politics, Culture and Society, 1948–1958*, Oxford 1995, S. 131–147.

33 Zu Italien siehe Gatzka: *Demokratie der Wähler* (Anm. 27), S. 88–98, 244–261. Zu den Niederlanden siehe den Beitrag von Harm Kaal in diesem Band.

34 So bei Alberto De Bernardi/Alberto Preti/Fiorenza Tarozzi (Hg.): *Il Pci in Emilia-Romagna. Propaganda, sociabilità, identità dalla ricostruzione al miracolo economico* [Der PCI in der Emilia-Romagna. Propaganda, Geselligkeit, Identität vom Wiederaufbau bis zum Wirtschaftswunder], Bologna 2004; Kössler: *Abschied* (Anm. 30).

35 Stephen Gundle: *Between Hollywood and Moscow. The Italian Communists and the Challenge of Mass Culture, 1943–1991*, Durham/London 2000, S. 66–68; Sandro Bellasai: *La mediazione difficile. Comunisti e modernizzazione del quotidiano nel dopoguerra* [Die schwierige Vermittlung. Kommunisten und die Modernisierung des Alltagslebens in der Nachkriegszeit], in: *Contemporanea* 3 (2000), H. 1, S. 77–101; Riccardo Brizzi: *Il PCI e la televisione nella società dei consumi (1954–1973)* [Der PCI und das Fernsehen in der Konsumgesellschaft (1954–1973)], in: Stefano Cavazza (Hg.): *Consumi e politica nell'Italia repubblicana* [Konsum und Politik im republikanischen Italien], Bologna 2013, S. 105–128.

tikkonzept entsprechend, die wichtigsten. Doch auch Nachbarschaftsräume, Bildungsräume (allen voran Universitäten) oder massenmediale Räume boten Begegnungspotenzial. In Italien wurde die Realität der Verflechtung und des permanenten Austauschs, ja der dialektischen Beziehung zwischen Kommunisten und der nicht kommunistischen Welt sogar zu einem populärkulturell verarbeiteten Sujet, worauf die bekannte Roman- und Filmreihe *Don Camillo und Peppone* aus dem Italien der 1950er- und 1960er-Jahre verweist, die auch in Westdeutschland beliebt war. Sie spielt mit dem Umstand der ständigen Konfrontation zwischen Kommunisten und Katholiken in den mittellitalienischen Regionen, die in einen pragmatischen Modus mündet, in dem sich die beiden Lager abarbeiten. Der Priester und der lokale PCI-Chef wetteifern nicht nur und spielen einander Streiche, sondern verhandeln und lösen am Ende immer wieder auch die gesellschaftlichen Fragen der Gemeinde, in der sie gemeinsam leben.

Letztlich stellt sich die Frage, inwiefern die analytische Trennung von liberaler Demokratie auf der einen und westeuropäischem Kommunismus auf der anderen Seite überhaupt trägt, und in welchen Konstellationen sie keinen Sinn ergibt. Denn die Nachkriegsdemokratien gründeten bekanntlich auf der aktiven und, wenn nicht rhetorisch, so doch in der Praxis, auf der legitimierte Mitarbeit von Kommunistinnen und Kommunisten. In den vom Widerstand gegen die deutsche Besatzung geprägten Nachkriegsdemokratien waren Kommunistinnen und Kommunisten Teil der neuen Regierungsbündnisse – vor allem auf kommunaler, aber auch auf regionaler und nationaler Ebene. Togliatti und sein *partito nuovo* waren in Italien an der Regierung beteiligt, bis Alcide De Gasperi im Frühjahr 1947 die Zusammenarbeit aufkündigte. Togliatti verantwortete in dieser Zeit als Justizminister auch die Amnestie für Faschisten und setzte damit ein Zeichen: Um die Massen zu gewinnen, waren die italienischen Kommunisten, ähnlich wie viele westeuropäische Sozialdemokraten, sogar bereit, einen Schlussstrich zu ziehen. Wie sehr der PCI die liberal-demokratische Ordnung, die er bedrohte, selbst mit hervorbrachte, zeigt sich darin, dass er maßgeblich an der Verfassung dieser Republik mit-schrieb und im Laufe der Jahrzehnte immer wieder darauf pochte, dass Verfassungsgrundsätze auch umgesetzt würden, darunter nicht zuletzt der Föderalismus, der dem kommunistischen Zentralismus zwar diametral entgegenstand, aber nützlich war, um sich in Regierungstätigkeit zu üben und kommunistische Politik »im Kleinen« umzusetzen.³⁶ Zeitgenossen genauso wie die historische Forschung hatten und haben es daher mit dem Paradox zu tun, dass westeuropäische Kommunisten eine Ordnung bedrohten, die sie zugleich miterschaffen hatten und behüteten.

So gab es auch in den westeuropäischen Demokratien immer wieder Stimmen von Gewicht, die den Kommunismus zwar ablehnten, ihm aber einen Platz im Parteien-

36 Gozzini: *Democrazia dei partiti* (Anm. 32), S. 284; Molly Tambor: »An Essential Way of Life«: Women's Citizenship and the Renewal of Politics in Italy, in: Matthew P. Berg/Maria Mesner (Hg.): *After Fascism: European Case Studies in Politics, Society, and Identity since 1945*, Berlin 2009, S. 205–219; Luca Baldissara/Paolo Capuzzo (Hg.): *Il comunismo in una regione sola? Prospettive di storia del PCI in Emilia-Romagna* [Der Kommunismus in einer einzigen Region? Perspektiven für die Geschichte des PCI in der Emilia-Romagna], Bologna 2023. Siehe auch die Beiträge von Paolo Capuzzo und Teresa Malice in diesem Band.

pluralismus sichern wollten. Sogar in der Bundesrepublik war dies der Fall: Erst nach Jahren und unter massivem politischen Druck erklärte das Bundesverfassungsgericht die KPD für verfassungswidrig, weil es in der Partei trotz ihrer Ausrichtung an den Interessen der DDR und der Sowjetunion keine ausreichende Gefahr für die »freiheitliche demokratische Grundordnung« erkannte – im Gegensatz zur ungleich kleineren neonazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP), die es ohne Umschweife verboten hatte.³⁷ Gustav Heinemann, der spätere Bundespräsident und erste Bundesinnenminister, setzte sich als Bundesjustizminister für eine Liberalisierung des antikommunistischen Strafrechts und für die Wiedenzulassung einer kommunistischen Partei ein.³⁸ Er tat das nicht etwa, weil er mit dem Kommunismus sympathisierte, sondern weil er der Ansicht war, dass die Bundesrepublik demokratischer werden würde, wenn sie wie die anderen Länder des westlichen Bündnisses mit einer kommunistischen Opposition zu leben bereit war. Als liberaler Anwalt, der sich sowohl für verfolgte DDR-Oppositionelle als auch für Kommunisten einsetzte, die in der Bundesrepublik strafverfolgt wurden, wusste Heinemann zudem, dass der westdeutsche Antikommunismus von der ostdeutschen Propaganda zur »Legitimation des Regimes und seines Repressionssystems« herangezogen wurde.³⁹

Viele Forscherinnen und Forscher haben die kommunistischen Anpassungen an das liberal-demokratische Habitat – den Parlamentarismus und die demokratischen Verfahren, den Rechtsstaat und seine institutionellen Vorkehrungen, den Föderalismus und die lokale Selbstverwaltung, den Wohlfahrtsstaat als soziales Korrektiv zur Marktwirtschaft, die pluralistische Öffentlichkeit und die liberale Wissenschaftskultur – als Doppelzüngigkeit oder als kalkulierten »Legalitätskurs« ausgelegt.⁴⁰ Es gilt festzuhalten, dass das Verhältnis der Kommunistinnen und Kommunisten zur liberalen Demokratie häufig ein funktionales war. Doch interessant ist, dass sie gerade dort, wo sie in kommunale und regionale Regierungsverantwortung kamen, eine integrale politische Strategie entwickelten, die als »faktische Sozialdemokratie« beschrieben worden ist.⁴¹ Von kommunistischer Seite selbst formuliert, transportierte dieses Label die Enttäuschung über die Abkehr von der Revolution und war damit abwertend gemeint. In die Analysesprache

37 Dominik Rigoll: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013, S. 94–140; Josef Foschepoth: Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg, Göttingen 2017.

38 Dominik Rigoll: Kampf um die innere Sicherheit: Schutz des Staates oder der Demokratie?, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018, S. 454–497; Dominik Rigoll: Streit um die streitbare Demokratie. Ein Rückblick auf die Anfangsjahrzehnte der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 67 (2017), H. 32/33, S. 40–45.

39 Michael Lemke: Die Wahrnehmung des westdeutschen Antikommunismus durch die SED/DDR, in: Kreuzberger/Hoffmann: »Geistige Gefahr« (Anm. 11), S. 75–86, hier S. 84.

40 Pietro Di Loreto: Togliatti e la »doppiezza«. Il Pci tra democrazia e insurrezione (1944–49) [Togliatti und die »Doppelzüngigkeit«. Der PCI zwischen Demokratie und Aufruhr (1944–49)], Bologna 1991, insb. S. 208–215; Michael Roik: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn 2006.

41 Fausto Anderlini: Terra rossa. Comunismo ideale e socialdemocrazia reale: il Pci in Emilia Romagna [Rotes Land. Ideeller Kommunismus und reale Sozialdemokratie: Der PCI in der Emilia-Romagna], Bologna 1990.

der Geschichtswissenschaft aufgenommen, lässt sich mit diesem Etikett die These verbinden, dass es den liberalen, kapitalistischen Demokratien des Westens gelungen sei, die Kommunisten zu integrieren und damit auch zu zähmen.⁴² Das Problem an dieser These ist, dass sie im Grunde besagt, dass Kommunistinnen und Kommunisten dort, wo sie sich der liberal-demokratischen Ordnung erfolgreich anpassten, auch aufhörten, Kommunisten zu sein, und eben Sozialdemokraten wurden, obwohl nebenher auch noch »echte« sozialdemokratische Parteien existierten. Was unterschied diese dann noch?

Paolo Capuzzo, der einen der beiden Beiträge zum »roten Bologna« in diesem Band verantwortet, sieht in der Sozialdemokratisierungstheorie eine unzulässige Übertragung einer nordeuropäisch-deutschen Erzählung auf Italien: »Die Kommunistinnen und Kommunisten in der Emilia-Romagna haben ihre eigene Geschichte, und wenn sie eine Reformpolitik verfolgten, die bisweilen derjenigen der Sozialdemokratien Nordeuropas ähnelte, geschah dies im Rahmen einer kommunistischen Vision, deren Ziel die Überwindung des Kapitalismus war.« Auch wir meinen, dass es erkenntnisfördernder ist, die westeuropäischen Kommunismen als spezifische Ausprägungen einer kommunistischen Bewegung zu historisieren, die sich einerseits in die liberal-demokratische Ordnung einfügte und andererseits einer Utopie, einer alternativen Ordnung zum Liberalismus verbunden blieb. »Es gab kein »kommunistisches Bad Godesberg«,« heißt es bei Capuzzo, »weder in den 1950er-Jahren noch danach: Die Kommunistinnen und Kommunisten in der Emilia-Romagna wollten es nicht.«⁴³ Entscheidend ist aber nach unserem Dafürhalten, dass das Ausbleiben eines klaren Bekenntnisses zur liberal-demokratischen Ordnung ganz offenkundig nicht eine Destabilisierung dieser Ordnung zur Folge haben musste – wobei zugleich zu konzedieren ist, dass auf Grundlage der Anerkennung der starken kommunistischen Einflüsse in Westeuropa erst noch zu diskutieren ist, inwiefern die liberal-demokratische Ordnung, so wie sie in den 1940er-Jahren erdacht und gebaut worden war, gerade in ihrer konservativen Färbung dadurch nicht doch schleichend ausgehöhlt wurde. Gemeint sind hier die von Kommunistinnen und Kommunisten stark mitvertretenen Demokratisierungs-, Sozialisierungs- wie auch Liberalisierungsanliegen, die im Laufe der Nachkriegsdekaden sukzessive und in Grenzen Umsetzung fanden.

Welche Rolle die Utopie sowie der für die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges noch zentralere Verweis auf »Moskau« für westeuropäische Kommunistinnen und Kommunisten spielte, hat die historische Forschung bereits intensiv beschäftigt. Wie Thomas Kroll gezeigt hat, lieferten kommunistische Intellektuelle in vielen westeuropäischen Ländern in den Jahrzehnten vor und nach 1945 die zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung passende »frohe Botschaft« über die unfehlbare Weisheit »der Partei«. Kroll hat vorgeschlagen, von einer politischen Religion zu sprechen.⁴⁴ Eventuell unterschied sich die Funktion der kommunistischen Lehre tatsächlich nicht fundamental von dem Evan-

42 Auch Jörg Baberowski hat auf dem Youtube-Kanal der Bundesstiftung Aufarbeitung in einem Interview über »Kommunismus und Demokratie« die Sozialdemokratisierungstheorie vertreten, siehe Anm. 4.

43 Siehe den Beitrag von Paolo Capuzzo in diesem Band.

44 Thomas Kroll: *Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956)*, Köln/Weimar/Wien 2007.

gelium katholischer Priester, die zur selben Zeit in der Christdemokratie auf die Unfehlbarkeit des Papstes verwiesen oder von Marias unbefleckter Empfängnis berichteten. Dass die Vergleichbarkeit beider Phänomene schon zeitgenössisch im Raum stand, legt einmal mehr der große Erfolg nahe, den *Don Camillo und Peppone* in Westeuropa hatte. Die beiden erfundenen Charaktere transportieren eine Botschaft, wonach die Bezugnahme auf »Rom« und »Moskau« zwar alles andere als unwichtig ist,⁴⁵ im konkreten Zusammenleben von Kommunismus und Katholizismus jedoch regelmäßig hinter Wichtigerem zurücktritt. Wir fokussieren mit unserem Ansatz genau diese historischen Felder und Bereiche, in denen der Rekurs auf »Moskau« in den Hintergrund trat, und fragen nach den zugrunde liegenden Motivationen und Zielperspektiven, wobei sich das Spektrum zwischen pragmatischer »Diesseitsorientierung«, parochialer Kirchturmpolitik, organisatorischen Notwendigkeiten und strategischem, mit Moskau abgesprochenem Kalkül aufspannen konnte.

IV. Demokratiegeschichtliche Perspektiven

Vor diesem Hintergrund ist immer wieder zu fragen, welche praktischen Motive Menschen in Westeuropa nach 1945 dazu brachten, sich kommunistisch zu organisieren oder kommunistisch zu wählen. Was erhofften sie sich von kommunistischen Parteien in der liberalen Demokratie, welche politischen, sozialen und kulturellen Probleme meinten sie nur mit kommunistischen Parteien lösen zu können, und was hatten kommunistische Stimmen ihnen zu sagen? Was konnte der Kommunismus Bürgerinnen und Bürgern in Westeuropa bieten, was diese bei liberalen, konservativen, sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien nicht fanden? Da Demokratiegeschichte nicht ohne die Geschichte politischer Kommunikation zu denken ist, wäre die Frage vielleicht noch zu präzisieren: Was konnten kommunistische Parteien und Bewegungen die Menschen glauben machen, nur durch sie und mit ihnen erreichen zu können? Was der Fokus der Forschung auf den Antikommunismus im Westen verdeckt, ist genau die umgekehrte Problematik: Welche Faszination des Kommunismus war hier persistent, die eine beständige antikommunistische Kommunikation überhaupt erforderlich machte – und das, obwohl die brutalen und defizitären Realitäten des Sowjetregimes durchaus bekannt waren?

Die Frage nach der Attraktivität des Kommunismus für viele Westeuropäer – wir sprechen, an verschiedenen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten, von bis zu jedem

45 Für die Funktionärschicht in Italien betont Miriam Maffai die Bedeutsamkeit des sowjetischen Mythos, siehe Miriam Maffai: *Botteghe oscure, addio. Com'eravamo comunisti* [Lebt wohl! Wie wir Kommunisten waren], Milano 1996. Siehe auch mit Blick auf kleine Gemeinden der Emilia-Romagna um die Mitte des 20. Jahrhunderts, die sich am sowjetischen Vorbild orientierten, Marco Fincardi: *Piccole patrie democratiche* [Kleine demokratische Vaterländer], in: Mariuccia Salvati (Hg.): *La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente* [Die Gründung der Republik. Republikanische Modelle und Vorstellungswelten in der Emilia und Romagna in den Jahren der Verfassungsgebenden Nationalversammlung], Milano 1999, S. 187–214, hier S. 193.

vierten oder gar jedem dritten Wähler – ist, so unsere Grundannahme, nicht zu beantworten, ohne den Blick darauf zu werfen, welche Wirkungen Kommunistinnen und Kommunisten in der liberalen Demokratie entfalteten. Und umgekehrt: Wie diese liberale Demokratie auf den organisierten Kommunismus zurückwirkte. Das heißt, der Kommunismus war und wurde aufgrund seiner Prägung durch die liberale Demokratie und aufgrund der Verquickungen, die er mit ihr einging, attraktiv. Die These der Sozialdemokratisierung westlicher Kommunistinnen und Kommunisten sagt nichts anderes aus, als dass die liberale Demokratie die Kommunistinnen und Kommunisten demokratisierte und liberalisierte. Aber wie lässt sich das im Einzelnen nachvollziehen? Was genau meinte Demokratisierung der Kommunisten im westeuropäischen Kontext – außer den »Abschied von der Revolution« (Till Kössler) und die Distanzierung von den Verbrechen des Stalinismus? Und worin genau lag das genuin kommunistische Angebot an Wählerinnen und Wähler? Welchen politischen Stil bildeten sie aus, der sie trotz aller Anpassung von Liberalen oder Sozialdemokraten unterschied? Schließlich ist zu fragen: Was änderte sich an den beschriebenen Konstellationen mit dem Ende der Systemkonkurrenz?

Der Methodenkoffer der noch jungen Demokratiegeschichte kann einige leitende Unterfragestellungen bieten, mit denen sich das hier umrissene Forschungsprogramm realisieren ließe. Dazu gehört zunächst das Demokratieverständnis, das die westeuropäischen Kommunistinnen und Kommunisten ausprägten und mit dem sie Politik zu machen versuchten. Die unterschiedlichen Demokratieverständnisse, welche die neuere Demokratiegeschichtsschreibung für die verschiedenen westeuropäischen Gesellschaften – in gewisser Distanz zu Conways Nachkriegsmodell – herausgearbeitet hat, deuten stark darauf hin, dass die Präsenz eines starken Kommunismus dafür von großer Relevanz war.⁴⁶ Dazu gehören sodann das Verhältnis von Kommunismus und Parlamentarismus, die kommunistischen Angebote im Hinblick auf politische Repräsentation und *leadership* in der liberalen Demokratie, das Rechtsverständnis von Kommunistinnen und Kommunisten, ihr Konfliktverhalten und ihre Kompromisskultur, ihre politische Kommunikationskultur, ihr Gebaren gegenüber politischen Verfahren und Spielregeln, ihre Stellung zu Diskussion und Deliberation (auch innerparteilich), vor allem aber ihre spezifische Verbindung zu partizipativen Anliegen und ihre Strategien, das »Volk« anzu-rufen und Bilder vom »Volk« und seinem mutmaßlichen Willen zu kreieren. Mit all diesen Facetten von *politics* machten Kommunistinnen und Kommunisten in der liberalen Demokratie kommunistische Politik, darauf gründeten sie ihr Mobilisierungspotenzial. Auch das breit erforschte Feld einer kommunistischen »Moral« und Lebensweise eignet sich für Fragen nach dem Verhältnis von Kommunismus und liberaler Demokratie, die, so Till van Rahden, immer auch »Lebensform« ist.⁴⁷

46 Pepijn Corduwener: Democracy as a contested concept in Post-War Western Europe: A comparative study of political debates in France, West Germany, and Italy, in: The Historical Journal 59 (2016), H. 1, S. 197–220; Sonja Levsen: Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich, 1945–1975, Göttingen 2019; Gatzka: Demokratie der Wähler (Anm. 27).

47 Till van Rahden: Demokratie. Eine gefährdete Lebensform, Frankfurt a. M./New York 2019.

Daneben sind aber auch konkrete Inhalte von Belang, um die hier interessierenden Wechselwirkungen und die daraus emergierende Attraktivität oder ihr Fehlen näher zu beleuchten. Denn ihre Angebote auf dem Feld der *policies* – für Geschlechtergleichstellung oder benachteiligte Minderheiten, gegen Kolonialismus und Spekulation, für Verstaatlichung und Wirtschaftsdemokratie, für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die Zurückdrängung der Kirchen, um nur einige Beispiele zu nennen – konnten verfangen oder aber die antikomunistische Gegenmobilisierung verstärken. Auch in dieser Hinsicht ist die Demokratiegeschichte Westeuropas nach 1945 noch nicht auserzählt: Der Verweis auf Moskau und die drohende Revolution konnten nämlich auch dafür herhalten, gewisse linke Agenden zu perhorreszieren. Insofern erwiesen Kommunistinnen und Kommunisten aufgrund ihrer doppelten Loyalität manchen »progressiven« Anliegen auch einen Bären dienst.

V. Aufbau des Bandes und erste Befunde

Um erste Antworten zu geben, schlägt der Band sieben Schneisen in seinen Untersuchungsgegenstand. Wie schon die Konferenz beginnt auch er mit vergleichenden Überlegungen von Sonja Levsen zu der methodisch nicht ganz leicht zu beantwortenden Frage, welche Folgen die ausgesprochene Randständigkeit des Kommunismus für die bundesdeutsche Demokratie hatte. Das erste Kapitel versammelt drei Synopsen aus der Feder von Julian Misch, Paolo Capuzzo und Till Kössler zum Verhältnis von Kommunismus und Demokratie in Frankreich, Italien und der Bundesrepublik mit Schwerpunkt auf die Jahre von 1945 bis in die 1960er-Jahre. Daraufhin nehmen Teresa Malice, Fiammetta Balestracci und Harm Kaal im selben Zeitraum den Kommunismus in demokratischen Institutionen und (kommunikativen) Verfahren in den Blick, namentlich in der Kommunalpolitik, der Parlamentsarbeit und im Wahlkampf. Im dritten Abschnitt untersuchen Johanna Wolf und Jörg Arnold anhand zweier Fallbeispiele die Handlungs- und Wirkungsmacht von Kommunistinnen und Kommunisten in kapitalistischen Betrieben im Westdeutschland der 1970er- und Großbritannien der 1980er-Jahre. Mit dem kommunistischen Einfluss in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik in jenen beiden Dekaden befassen sich sodann Benet Lehmann, Yves Müller und Corinna Bittner. Raquel Varela und Pablo Gil Valero richten im Anschluss im fünften Teil den Blick auf Portugal und Spanien, wo kommunistische Parteien im Zuge der Transition von der nationalistischen Diktatur zur liberalen Demokratie in vielerlei Hinsicht als konservative, den liberalen Status quo stabilisierende Macht agierten. Den Abschluss bilden die Beiträge von Lea Fink, Philipp Kufferath, Mario Kessler und Thorsten Holzhauser, die sich mit dem Phänomen des Postkommunismus aus organisatorischer und individueller Perspektive befassen. Denn nicht nur kommunistische, sondern auch exkommunistische Intellektuelle, Wissenschaftler und Parteipolitiker hinterließen, so der Befund, einen spezifisch kommunistischen »politischen Fußabdruck« in der liberalen Demokratie.⁴⁸

48 Zum Begriff des Fußabdrucks siehe Martelli: *L'impreinte communiste* (Anm. 25).

Einige vorläufige Befunde seien thesenhaft am Ende formuliert. Erstens stellten Kommunistinnen und Kommunisten überall in Westeuropa mit ihrem Gebaren und ihren Agenden die »formale Demokratie« des *postwar model* infrage, wie Harm Kaal für die Niederlande deutlich herausstreicht. Das musste jedoch keine Bedrohung für die liberal-demokratische Ordnung bedeuten, sondern eher eine versuchte Erweiterung der Demokratie und die provokante Thematisierung der Ambivalenzen, die der liberale Freiheitsbegriff mit sich brachte, etwa in Sachen Kolonialismus oder Geschlechterordnung. Dass Kommunistinnen und Kommunisten so zu einer unbequemen Stimme wurden, die die eigene Gesellschaft an ihre Schwächen und Missstände, auch ihre nicht aufgearbeiteten historischen Schuldbestände erinnerte, zeigen nicht zuletzt die Beiträge von Benet Lehmann, Yves Müller und Corinna Bittner in diesem Band.

Zweitens betonten Kommunistinnen und Kommunisten in besonderer Weise den Wert von Partizipation und Engagement im liberal-demokratischen System. Das umfasste zum einen die Wertschätzung von außerparlamentarischen Aktivitäten und partizipativen Ansätzen von der Gedenkstätten- bis zur Betriebsarbeit, mit der sich Corinna Bittner, Johanna Wolf und Jörg Arnold befassen, die auf einen weiteren Demokratiebegriff verwiesen. Zum anderen kam dieser Ansatz in dem Versuch zum Tragen, Engagement in den liberal-demokratischen Institutionen als besondere politische Tugend aufzuwerten und mit basisdemokratischen Konzeptionen zu verbinden. Wie keine andere politische Kraft in Westeuropa versuchten Kommunistinnen und Kommunisten »das Volk« zum Sprechen zu bringen und bedienten damit früh einen populistischen Diskurs, der auf die Grenzen der »formalen Demokratie« verweisen sollte.⁴⁹

Drittens boten westeuropäische Kommunismen eine besondere Bühne für weibliches und jüdisches Engagement in der Demokratie, wie die Beiträge von Teresa Malice und Fiammetta Balestracci für Italien und jener von Benet Lehmann und Yves Müller für die Bundesrepublik demonstrieren. Sowohl auf kommunaler als auch auf nationaler, parlamentarischer Ebene wurde kommunistisches Wirken, vor allem für wohlfahrtsstaatliche und geschlechterpolitische Probleme, von Frauen getragen. Dabei zeigt sich zugleich insofern eine innerkommunistische Marginalisierung, als der Beitrag von Kommunistinnen innerhalb der Partei und innerhalb ihrer eigenen innerparteilichen Erinnerungspolitik an den Rand gedrängt und schnell vergessen wurde – ein Problem, dem sich Teresa Malice eingehender widmet.

Viertens zeigten Kommunistinnen und Kommunisten eine hohe Fähigkeit, liberal-demokratische Institutionen zu nutzen, um ihre Agenden nicht nur zu setzen, sondern auch durchzusetzen. Jenseits einer rein strategischen Nutzung erwiesen sie sich aber auch als seriöse Verteidiger demokratischer Verfahren, sowohl im Parlament als auch im Wahlkampf. Eine der Paradoxien des Zusammenwirkens von Kommunismus und liberal-demokratischer Ordnung ist mithin, dass sich Kommunisten als Stützer und Verteidiger liberal-demokratischer Spielregeln erwiesen. Diese Tendenz kulminierte darin, dass sich kommunistische Parteien in den späten 1960er- und 1970er-Jahren als »Ordnungsparteien« erwiesen, die etwa in Italien den liberalen Staat gegen die Angriffe von

49 Gatzka: Demokratie der Wähler (Anm. 27). Siehe auch den Beitrag von Thorsten Holzhauser in diesem Band.

radikalen Linken verteidigten⁵⁰ oder in der demokratischen Transition in Spanien und Portugal dafür sorgten, dass die Revolutionen nicht die liberal-demokratischen Bahnen verließen, wie Raquel Varela und Pablo Gil Valero in ihren Beiträgen zeigen.

Fünftens war die kommunistische Wirkung in den westeuropäischen Demokratien seit 1945 immer auch eine postkommunistische, getragen von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Politikern, die der »frohen Botschaft« abgeschworen hatten, aber von kommunistischen Organisationserfahrungen und Weltbildern geprägt blieben. Spuren dieser Prägung finden sich nicht nur bei westdeutschen Kommunismusforscherinnen und -forschern, sondern auch bei der Frankfurter Schule, bei der SPD und bei den postkommunistischen Parteien seit 1990, wie die Beiträge von Mario Keßler, Lea Fink, Philipp Kufferath und Thorsten Holzhauser demonstrieren. Mit Blick auf Großbritannien zeigt Jörg Arnold schließlich, dass sich kommunistische Misserfolge wie der vom großen Bergarbeiterstreik 1984/85 sogar »posthum«, nämlich nach 2000, zu positiven Erinnerungsorten des Kommunismus in der eigenen Gesellschaft umwerten ließen – obwohl dieser zu seinen Lebzeiten wahrlich marginal war.

Diese britische Geschichte wirft noch einmal ein neues Schlaglicht auf die eingangs erwähnte Zeit nach dem Untergang des Parteienkommunismus. Dieser bot nicht nur Anlass für einen retrospektiven Differenzierungsverlust, sondern brachte offenbar nach einer gewissen Übergangsphase auch populärkulturelle Rekurse auf eine romantisierte Version des westeuropäischen Kommunismus hervor, mit dem sich gegenwärtiges linkes Engagement für Minderheitenrechte identifizieren ließ und lässt. Die Spurensuche, die dieser Band anregt, soll nicht zuletzt dazu dienen, im Sinne Hermann Webers der Romantisierung ebenso wie der Verteufelung einen nüchternen Blick entgegenzustellen.

50 Angelo Ventrone: Der »permanente Bürgerkrieg« und der Staatsbegriff der politischen Linken im Italien der 1970er Jahre, in: Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hg.): Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik und Italien 1969–1982, München 2010, S. 107–116, hier S. 113.